

NIEDERSCHRIFT Nr.: 18/L

über die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

am **Mittwoch, 01.03.2017, um 16.00 Uhr**

18. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16.00 Uhr

Sitzungsende: 17.40 Uhr

Anwesend:

Vertreter des Senats

Herr Senator Günthner

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Frau Sybille Böschen

Herr Robert Bücking

Frau Susanne Grobien

Herr Mustafa Güngör für Herrn Elias Tsartilidis

Herr Jörg Kastendiek (Vorsitzender)

Herr Andreas Kottisch

Frau Sahhanim Görgü-Philipp für Frau Sülmez Dogan

Herr Dieter Reinken

Herr Klaus-Rainer Rupp

Herr Uwe Schmidt

Frau Lencke Steiner

Von der Verwaltung

Frau Bullenkamp

Herr Brunßen

Herr Cordßen

Frau Frese

Herr Dr. Knogge

Herr Dr. Kühling

Frau Niestädt

Herr Drücker

Herr Peters

Herr Poppinga

Herr Prill

Herr Sengstake

Herr Staatsrat Siering

Frau Stellmacher

Frau Stemming

Frau Dr. Streibel

Gäste

Herr Mai

Frau Geber (WFB)

Herr Howe (bremenports)

Herr Bula (Flughafen Bremen)

Abg. Kastendiek eröffnet die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Abg. Kastendiek weist auf Austauschseiten zu den TOPs 8, 21 und 24 (Vorlage 19/294-L/S) Land hin.

Seitens der CDU-Fraktion bestehe der Wunsch nach einer Aussetzung der Vorlagen zu den TOPs 23 und 24 (Vorlage 19/294-L/S). Die Vorlagen stellten die in ihnen dargestellten Neu- und Umorganisationen nicht vollständig dar und erfüllten damit nicht die Anforderungen des Deputationsgesetzes.

Abg. Rupp schließt sich den Ausführungen an.

Abg. Reinken sieht keinen Grund, die angesprochenen Vorlagen auszusetzen, denn die Vorlagen verwiesen auf die weitere Berichterstattung gegenüber der Deputation im Rahmen des Haushaltsvollzuges; im Übrigen könnte die neue Organisationsstruktur dann nur im Rahmen einer Sondersitzung beraten werden.

Abg. Kastendiek stellt den Aussetzungswunsch als Antrag für die CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen lehnt den Antrag ab. Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen von CDU und DIE LINKE.

Abg. Kastendiek weist darauf hin, dass unter Aktuelles weiterhin mündlich über die Beratung des Hafenausschusses zum Gesamthafenbetriebsverein berichtet werde; außerdem rege er eine kurze Mitteilung zur Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht Bremen zum Offshore-Terminal Bremerhaven an.

Gegen die Tagesordnung werden ansonsten keine Einwendungen erhoben.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 17/L über die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 18.01.2017

Beschluss:

Die Niederschrift wird **einstimmig** genehmigt.

An die Deputation als Sondervermögensausschuss

**TOP 2 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land);
Zwischenberichte zum 31.12.2016**

Vorlage Nr. 19/289-L/S

Beschluss:

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Land) in ihrer Funktion als Sonderver-

mögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Land) nimmt den Zwischenbericht zum 31.12.2016 zur Kenntnis.

**TOP 3 Sonstiges Sondervermögen Fischereihafen
Zwischenbericht zum 31.12.2016 (vorläufiger Jahresabschluss)**

Vorlage Nr. 19/290-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sonstige Sondervermögen Fischereihafen nimmt den Zwischenbericht zum 31.12.2016 (vorläufiger Jahresabschluss) zur Kenntnis.

An die Deputation

TOP 4 Beteiligungsbericht über das 1. bis 4. Quartal 2016

Vorlage Nr. 19/292-L/S

Beschluss:

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Land) nimmt den Beteiligungsbericht über das 1. bis 4. Quartal 2016 zur Kenntnis.

TOP 5 Controllingbericht der BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH über das 1. bis 4. Quartal 2016

Vorlage Nr. 19/295-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Controllingbericht der BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH über das 1. bis 4. Quartal 2016 zur Kenntnis.

TOP 6 Controllingbericht der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH über das 1. bis 4. Quartal 2016

Vorlage Nr. 19/296-L

Auf Nachfrage des **Abg. Kastendiek** zu dem erheblichen Ergebniseinbruch erläutert **Herr Peters**, dass ein solcher Ergebniseinbruch nicht festzustellen sei. Die vom Abg. Kastendiek festgestellte Abweichung ergebe sich im Managementreport im Steueraufwand. Ursächlich hierfür sei das unterjährig eingeführte Bilanzrichtlinienumsetzungsgesetz, das zum Zeitpunkt der Planung und Aufstellung des Wirtschaftsplans noch nicht berücksichtigt werden konnte. Er verweist weiter auf deutlich gestiegene Umsatzerlöse im Bereich Ver-

mietung und Verpachtung sowie der Stromabgabe, die insgesamt zu einer deutlich gestiegenen Leistung der FBG geführt haben. Allerdings sei das im Ergebnis der FBG nicht zu erkennen, da aufgrund der besonderen Konstruktion über den Betriebsüberlassungsvertrag mit dem Sondervermögen Fischereihafen das Ergebnis der FBG immer Null sei.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Controllingbericht der Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH über das 1. bis 4. Quartal 2016 zur Kenntnis.

TOP 7 Ergebnisse der in 2016 fälligen Erfolgskontrollen

Vorlage Nr. 19/312-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 8 Bremer Mittelstandsbericht 2017

**Fortschreibung der Rahmendaten und Evaluation des
Mittelstandsförderungsgesetzes**

Vorlage Nr. 19/288-L

Vorab wird eine Austauschseite verteilt.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis und stimmt dem vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vorgeschlagenen Themenschwerpunkt sowie der Auftragsvergabe i.H.V. 80.000 Euro an eine/-n externe/-n Gutachter/-in zur Erstellung des Mittelstandsberichts 2017 zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 9 Investitionsförderung im Land Bremen

Fortschreibung des Landesinvestitionsförderprogramms (LIP 2014)

Vorlage Nr. 19/298-L

Herr Dr. Kühling erläutert, der Änderungsbedarf des LIP sei im Zuge des geänderten Koordinierungsrahmens für das GRW-Programm sowie vor dem Hintergrund des EFRE-Darlehensfonds entstanden. Nunmehr sei für die Förderung von Investitionsvorhaben die Schaffung von nur noch 10% neuen Dauerarbeitsplätzen erforderlich. Gleichzeitig werde die Bemessungsgrundlage für Förderfähige Investitionskosten auf 400.000 € bzw. 200.000 € für jeden neugeschaffenen Dauerarbeitsplatz bzw. gesicherten Dauerarbeits-

platz moderat erhöht. Hierdurch sollen insbesondere die Förderbedingungen für kleine bzw. Kleinstunternehmen verbessert werden. Außerdem werde die Positivliste der grundsätzlich förderfähigen Betriebe erweitert, die bisher als unnötige Beschränkung gewirkt habe. Insgesamt erwarte er positive Auswirkungen sowohl für die Darlehens- wie auch für die direkte Förderung.

Abg. Rupp erklärt, da es keine klare Trennung zwischen GRW- bzw. LIP-Mitteln gebe und die außerordentliche Förderung von Frauenarbeitsplätzen im Zuge der Bonusförderung relativ erfolglos sei, lehne DIE LINKE die Vorlage ab.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Fortschreibung des LIP 2014 nach Maßgabe der in der Vorlage dargestellten Kriterien zum Stichtag 1. März 2017 für Anträge, die ab dem 1. März 2017 bewilligt werden, zu.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion DIE LINKE.

TOP 10 EFRE-Programm Land Bremen 2014-2020

Förderung des Zukunftskonzepts Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES)

Vorlage Nr. 19/299-L

Abg. Rupp wirft die Frage auf, ob das Projekt nicht mit stärkerer Wirkung auf Bremerhaven ausgestattet sein sollte; er würde sich daher enthalten.

Abg. Liess bittet um einen Zwischenbericht gegenüber der Deputation nach der ersten Phase des Projektes.

Abg. Reinken sieht mit dem Vorhaben ein attraktives Projekt auf den Weg gebracht, dass die Windenergieindustrie in Bremerhaven stärken und seine wissenschaftlichen Kompetenzen in diesem Sektor bestätigen werde. Im Übrigen verbinde er mit einem solchen Projekt geradezu die Erwartung, dass es über Bremerhaven hinaus strahle. Hinsichtlich der Ausführungen zur EFRE-Förderung in der Vorlage bitte er zu erläutern, ob sich diese nicht erledigt hätten.

Abg. Kastendiek schließt sich der positiven Einschätzung des Abg. Reinken an; insbesondere vor dem Hintergrund der Stärkung der wissenschaftlichen Kompetenzen.

Abg. Frau Bergmann verweist auf die Beratung der Vorlage im Wissenschaftsausschuss, die mit ähnlichem Tenor wie die Ausführungen beider Vorredner geführt worden sei.

Herr Peters erklärt, dass zunächst der F&E-Anteil abgearbeitet werden und anschließend der Deputation berichtet werden könne. Auf Abg. Reinken antwortet er, dass die EFRE-Förderung inzwischen gesichert sei und die Formulierung tatsächlich obsolet sei. In Rich-

tung des Abg. Rupp erklärt er, dass die Finanzierung größtenteils aus Bundes- bzw. EU-Mitteln erfolge und insofern auch eine überregionale Ausstrahlung folgerichtig sei.

Abg. Rupp erklärt, im Zuge der Erläuterungen zur Vorlage dieser nun zustimmen könne.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Förderung des Zukunftskonzepts Betriebsfestigkeit Rotorblätter und der Finanzierung aus dem Haushalt des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen mit einem Beitrag in Höhe von 939.124 Euro für den Zeitraum 2019 bis 2020 zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 11 Konzept zur Mittelverwendung aus den Erlösen der Digitalen Dividende II

Sachstandsbericht zur Umsetzung des Konzepts

Vorlage Nr. 19/302-L

Auf Nachfrage der **Abg. Frau Steiner** erläutert **Herr Dr. Kühling**, dass im Rahmen der Digitalen Dividende II 6 Mio. € Bundesmittel im Senat auf die Ressorts sachgerecht verteilt worden seien. Das Wirtschaftsressort verwende seinen Anteil für die Weiterentwicklung der Digitalisierung. Des Weiteren habe Bremen auf der Grundlage des abgeschlossenen Markterkundungsverfahrens einen Fördermittelantrag für den Breitbandausbau gestellt.

Für die Umsetzung des Projektes werden sowohl die bereitgestellten Fördermittel als auch Haushaltsmittel eingesetzt.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt Kenntnis von der anliegenden Senatsvorlage mit dem Sachstandsbericht zur Umsetzung des Konzepts zur Mittelverwendung aus den Erlösen der Digitalen Dividende
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen den vorliegenden Sachstandsbericht dem Haushalts- und Finanzausschuss über die Senatorin für Finanzen zuzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 12 Konzept zur Reduzierung von Fluglärm am Flughafen Bremen

- Zweiter Evaluierungsbericht -

Vorlage Nr. 19/303-L/S

Frau Dr. Streibel stellt die Inhalte der Vorlage dar. Die Vorlage beschreibe nach der Auflage des Konzepts im Jahr 2012 bzw. des ersten Evaluierungsberichtes die weitere Entwicklung im Interessensausgleich zwischen Mobilität und Lärmschutz. Als finanzielle

Steuerungsmaßnahmen seien unter anderem die Einführung und anschließende Reform der behördlichen Nachtfluggebühren und eine Reform der Entgeltordnung der Flughafen Bremen GmbH einschließlich der Einführung abgasabhängiger Entgelte initiiert worden. Über diese Schritte werde nun aufgrund einer Zusage in der Bremischen Bürgerschaft der Deputation berichtet. Die Vorlage stelle ab auf die Maßnahmenschritte, beinhalte Ausführungen zum Einführungsstand der schadstoffabhängigen Entgelte, reflektiere die Entwicklung der Zahl der Flugbewegungen einschließlich der Nachtflüge und beschreibe komplementäre Maßnahmen im passiven Lärmschutz, für die ein Aufwendungsersatz unter bestimmten Bedingungen für bauliche Schallschutzmaßnahmen für die Betroffenen möglich seien.

Abg. Bücking bemerkt, dass es trotz aller Annäherung zwischen den Polen Lärmschutz und Mobilitätsinteressen immer noch 2.000 Flugbewegungen in sensiblen Zeitfenstern gebe. Insofern sei die Lage noch nicht vollbefriedigend. Er bittet daher, spätestens in einem Jahr erneut über die Entwicklung der Flugbewegungen in diesen Zeiten sowie über den Einführungsstand und Wirkungsgrad der abgasabhängigen Entgelte zu berichten.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den zweiten Evaluierungsbericht über die Umsetzung des Konzepts zur Reduzierung von Fluglärm am Flughafen Bremen zur Kenntnis.

TOP 13 Fortsetzung der Beteiligung des Landes Bremen am IAB-Betriebspanel

Vorlage Nr. 19/234-L

Beschluss:

1. Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Beteiligung des Landes Bremen an der IAB-Betriebspanelbefragung für die Befragungswellen der Jahre 2017 bis 2019 zu.
 2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 344.832,02 € bei der Haushaltsstelle 0308/ 686 53-1 „EU-Zuschüsse ESF 2014-2020 (Programmmittel)“ zu.
- Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 14 Integrationsprojekt INTEGRA - Erweiterung

Vorlage Nr. 19/270-L

Abg. Frau Böschen zeigt sich erfreut über die Möglichkeit der weiteren Projektausweitung. Sie fragt nach, in welcher Höhe Mittel aus der Ausgleichsabgabe zur Verfügung stünden und gibt zu bedenken, dass auch kleinere Projekte entsprechende

Berücksichtigung finden müssten.

Herr Prill erklärt, dass bei einem Volumen von 4,93 Mio. Euro für 2017 ausreichend Mittel zur Verfügung stünden.

Auf Nachfrage der **Abg. Frau Böschen** führt **Herr Prill** aus, dass auf Seite 2 der Vorlage zum Thema Genderrelevanz auf die Formulierung „nach Möglichkeit“ verzichtet werden könne.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Förderung der Erweiterung des Integrationsprojektes „INTEGRA“ aus Mitteln der Ausgleichsabgabe mit investivem Zuschuss in Höhe von bis zu 200.000 Euro und konsumtiven Zuschüssen in den Jahren 2017 bis 2019 in Höhe von bis zu 792.400 Euro zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung für die Folgejahre 2018 und 2019 in Höhe von 518.800 Euro bei der Haushaltsstelle 0304/681 22-5 (Besonderer Aufwand bei Integrationsprojekten) zu. Die Abdeckung dieser Verpflichtung erfolgt im Rahmen der zukünftigen Anschläge sowie durch Entnahmen aus der Sonderrücklage.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss den erforderlichen Beschluss herbeizuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 15 Zahl von Menschen mit Fluchthintergrund in der Betreuung und in der Statistik der Bundesagentur und der Jobcenter im Land Bremen

Vorlage Nr. 19/272-L

Abg. Rupp bedankt sich für den vorgelegten Bericht. Er merkt an, dass eine mögliche Trennung der Betroffenen nach Geschlechtern wünschenswert wäre. Zudem weist er darauf hin, dass im Jahr 2016 rund 8.800 Arbeitssuchende aus nichteuropäischen Asylzugangsländern in Bremen registriert wurden, auf Seite 4 der Vorlage die Zahlen von Geflüchteten in Qualifizierungsmaßnahmen jedoch deutlich geringer seien. **Abg. Rupp** bittet in 1 Jahr um einen aktualisierten Bericht, wie Menschen mit Fluchthintergrund integriert und auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden sollen.

Herr Prill sagt zu, die Möglichkeit einer Geschlechterdifferenzierung in der neuen Berichterstattung zu prüfen. Er weist auf Mittel vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für Integrationskurse im Bereich Sprachförderung hin. Hier gäbe es einen großen Zugang von Menschen mit Fluchthintergrund, jedoch fehle eine ausreichende Zahl von qualifizierten Dozenten, da diese oftmals in Schulen abwandern

würden. Eine Durchführung der Integrationskurse sei jedoch unbedingt erforderlich, da dadurch auch eine bessere Vermittlung von Menschen mit Fluchthintergrund durch die Jobcenter möglich werde.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die vorstehende Antwort zur Kenntnis.

TOP 16 Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung (HGebO)

hier: Hafenslotsgeld und Nebenkosten der Hafenslotsen

Vorlage Nr. 19/304-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung mit Wirkung zum 01. März 2017 zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 17 Änderung der Abfallmeldung von Seeschiffen

Vorlage Nr. 19/305-L/S

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Änderung des Bremischen Gesetzes über Hafenauffangeinrichtungen und Abgaben für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, das Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände dem Senat zur Beschlussfassung und Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft zuzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 18 Regelmäßige Auskünfte und Berichte

Berichtsbitte des Deputierten Dr. Redder

Vorlage Nr. 19/306-L/S

Auf Bitte der **Abg. Frau Steiner** wird die Vorlage ausgesetzt.

TOP 19 Produktgruppencontrolling

hier: Controllingbericht Januar bis Dezember 2016 (Jahresabschlussbericht)

Vorlage Nr. 19/291-L/S

Herr Dr. Kühling erläutert zur Erschließung neuer Gewerbeflächen, dass das Minus von 9 ha im Vergleich zur Planung für 2016 im laufenden Jahr nicht nur aufgeholt sondern im Zuge der Erschließungsmaßnahmen im GVZ sowie an der Hansalinie mit dann insgesamt rund 63 ha übertroffen werden wird.

Auf Nachfrage des **Abg. Kastendiek** zu den ausstehenden Zahlungen der letzten EFRE- bzw. ESF-Förderperiode erläutert **Staatsrat Siering**, dass Bremen in einem erfolgreichen Austausch mit der EU-Kommission stehe. Für beide Programme der Förderperiode 2007-2013 seien kürzlich Zahlungsanträge gestellt worden. Er gehe davon aus, dass beide Anträge von der Kommission bedient würden. Im Zuge der Abarbeitung der Kommission sei mit einem üblichen Einbehalt durch die Kommission von 5% zu rechnen; diese Mittel würden dann im Rahmen der Schlussrechnung ausgezahlt.

Abg. Kastendiek bemerkt, dass die Finanzkennzahlen nur im Zuge der Absenkung der Investitionsmittel zu erreichen gewesen seien. Im Übrigen halte er die Entwicklung in der Gewerbeflächenererschließung für problematisch, denn aufgrund des Modellwechsels bei Daimler sei die hohe Nachfrage nach Gewerbeflächen im Gewerbepark Hansalinie nur folgerichtig. Dies berücksichtigt, sehe er eine unterdurchschnittliche Entwicklung. Vor diesem Hintergrund erinnert er auch an die entsprechende Debatte in der Bremischen Bürgerschaft.

Abg. Reinken bestätigt, dass die Bürgerschaft das Thema fraktionsübergreifend problematisiert habe, doch werde das Thema hier nur im Rahmen eines Controllingberichtes des Haushaltes behandelt. Er habe den Eindruck, das Thema werde im Ressort mit der notwendigen Seriosität behandelt.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Informationen zum Produktgruppencontrolling für den Zeitraum Januar bis Dezember 2016 zur Kenntnis.

TOP 20 Bericht zur Personalsituation beim Hansestadt Bremischen Hafenam

Vorlage Nr. 19/297-L/S

Abg. Reinken dankt für den Bericht und die gute Aufschlüsselung und Gegenüberstellung von gesetzlichen Vorgaben und den Anforderungen aus den Arbeitszeiten. Er bittet weiter, den Beschlussvorschlag um den – im Wesentlichen – dritten Absatz auf Seite 2 der Vorlage zu ergänzen:

Um die strukturell wirksame Finanzierung erforderlicher Personalressourcen des Schichtbetriebes sicherzustellen, wird das Ressort aufgefordert, zu den anstehenden Haushaltsberatungen ein Konzept über die zukünftigen Aufgaben, die sich daraus ergebende Organisation, mögliche Refinanzierung von Stellen aus Gebühren und der damit verbundenen Ressourcenausstattung vorzulegen.

Herr Mai erklärt auf Nachfrage des Abg. Kastendiek, dass er die bestehenden Anforderungen an das HBH im Hafenausschuss dargestellt habe und auf den erforderlichen Personalansatz hingewiesen habe. Auf dieser Basis könne ein solches Konzept kurzfristig erstellt werden.

Abg. Kastendiek fordert eine zukunftsfähige Absicherung des HBH zur Erledigung seiner Aufgaben insbesondere im Sinne von Sicherheit und Abfertigung der Schiffsverkehre ein. Die entsprechenden Anforderungen müssten transparent dargestellt werden und dauerhaft über den Haushalt abgesichert werden.

Abg. Rupp sieht die Möglichkeiten der weiteren Personalreduzierung beim HBH endgültig ausgereizt; weitere Kürzungen würden seines Erachtens zu Lasten von Sicherheit und Dienstleistungsqualität gehen.

Staatsrat Siering erklärt, dass der Senat das HBH im Eckwertebeschluss für den kommenden Doppelhaushalt dauerhaft aus der PEP-Quote ausgenommen habe; auch die aktuell überplanmäßigen Stellen sollen nicht gekürzt werden.

Abg. Kastendiek stellt den vom Abg. Reinken ergänzten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zur Personalsituation beim Hansestadt Bremischen Hafenamt zur Kenntnis.

Um die strukturell wirksame Finanzierung erforderlicher Personalressourcen des Schichtbetriebes sicherzustellen, wird der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen aufgefordert, zu den anstehenden Haushaltsberatungen ein Konzept über die zukünftigen Aufgaben, die sich daraus ergebende Organisation, mögliche Refinanzierung von Stellen aus Gebühren und der damit verbundenen Ressourcenausstattung vorzulegen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 21 Sail Bremerhaven 2020 vom 19. - 23. August 2020

Vorlage Nr. 19/300-L

Vorab wird zur der Vorlage beigefügten Anlage (Senatsvorlage vom 21.02.2017) eine Austauschseite verteilt.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Umsetzung des dargestellten Konzeptes zur Sail Bremerhaven 2020 zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt
 - a) der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 1.000.000 € bei der Haushaltsstelle 0706/686 40-1 „Förderung von Marketingprojekten in Bremerhaven“ mit Abdeckung in 2019 in Höhe von 315.000 € und in 2020 in Höhe von 685.000 € (eine VE in Höhe von 800.000 € ist bei der Hst. 0706/686 40-1 veranschlagt),
 - b) der Bereitstellung einer zusätzlichen VE in Höhe von 200.000 € zugunsten der Haushaltsstelle 0706/686 40-1. Die Einsparung erfolgt aus der veranschlagten VE bei der Haushaltsstelle 0709/686 56-9 „EU-Programm EFRE 2014-2020 –konsumtiv-“, ,
 - c) der Bildung der Anschläge bei Haushaltsaufstellung für die Abdeckung der VE in den Jahren 2019 in Höhe von 315.000 € und 2020 in Höhe von 685.000 €

zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 22 Neubeschaffung eines Bremer Messestandes

Vorlage Nr. 19/301-L

Abg. Kastendiek sieht die Diskussion um die Gewerbeflächen aufgrund der Finanzierung der Neubeschaffung des Messestandes über Einsparungen aus der Gewerbeflächenerschließung für konterkariert.

Herr Dr. Kühling stellt fest, dass die in der Vorlage dargestellten Mittel nicht für die vollständigen Erschließungen benötigt würden und damit frei seien.

Senator Günthner stellt auf Nachfrage der **Abg. Frau Steiner** zum Mitteltausch zwischen Land- und Stadthaushalt fest, dass innerhalb der Eckwerte des Ressorts umgeschichtet werden könne.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Kauf eines neuen „Bremer Messestandes“ durch die WFB in Höhe von 450.000 € zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Nachbewilligung in Höhe von 450.000 € zugunsten der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 0754/891 70-0 „Investitionszuschüsse an öffentliche Unternehmen“ unter Einsparung in Höhe von 400.000 € aus der Hst. 3708/884 35-8 „An das Sondervermögen Gewerbeflächen für Erschließungsmaßnahmen“ und in Höhe von 50.000 € aus der Hst. 0715/891 53-0

„Gewerbepark Hansalinie Bremen“ zu.

3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet die Senatorin für Finanzen, als Ersatz für die angebotene Einsparung in Höhe von 400.000 € aus dem Stadthaushalt entsprechende Landesmittel bereitzustellen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 23 Verlagerung von Aufgaben aus dem Stadtamt zu SWAH

Vorlage Nr. 19/280-L/S

Staatsrat Siering erinnert an die Debatten um die Probleme des Stadtamtes in den vergangenen Monaten, in deren Folge das Stadtamt in seiner bisher bekannten Form aufgelöst werden wird. Ein Teil der operativen Aufgaben des Stadtamtes, für die bereits die Fachaufsicht im Wirtschaftsressort liege, werde 1:1 in das Wirtschaftsressort integriert. Bezüglich der Personalstärke seien mit dem Finanzressort Verhandlungen aufgenommen worden, um eine sach- und aufgabengerechte Personalausstattung erreichen zu können. Die Mitbestimmung werde nach dem Deputationsbeschluss kurzfristig eingeleitet.

Abg. Kastendiek hält die Vorlage nicht für beschlussfähig. Er stelle an Vorlagen zur Neu- bzw. Umorganisation des Ressorts die Anforderung, die neue Struktur ganzheitlich dargestellt zu bekommen. Personal- und Aufgabenumfang der neuen Abteilung wirkten nicht angemessen für eine Abteilungsleiterin mit B-Besoldung. Absonderlich wirke die Bereitstellung von zusätzlichem Personal für die aufnehmenden Bereiche – dies hätte der Senat auch dem alten Stadtamt zugestehen können. Insgesamt wirke die Umorganisation unausgereift und wenig nachvollziehbar. Stattdessen werde im Stadtamt das Prinzip „One face to the customer“ aufgegeben.

Abg. Rupp schließt sich der Beurteilung des Abg. Kastendiek an. Zudem beantworte die Vorlage nicht, ob denn das neue Personalkonzept in der neuen Struktur auch auskömmlich gestaltet sei.

Abg. Reinken unterstreicht, dass mit einer Neuorganisation eine Verbesserung bestehender Prozesse angestrebt werde – da in den betroffenen Bereichen eine gewisse Bürger- und Kundennähe erwünscht sei, dürfe seiner Ansicht nach eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit in diesen Bereich angenommen werden.

Abg. Kastendiek wirft die Frage nach dem dauerhaften Verbleib der Marktangelegenheiten als originäre Aufgabe der senatorischen Behörde auf.

Staatsrat Siering versichert, dass die übergeordneten Bereiche der Marktangelegenheiten – etwa Gebühren - nach der Verlagerung ins Ressort auch dort blieben; für das operative-organisatorische Geschäft sei die Unterstützung etwa aus dem Messebereich denkbar.

Für die vorgestellte Organisationsänderung habe das Ressort die Zustimmung des Senats eingeholt; insofern sei er der Ansicht, dass sie in der Deputationsvorlage auch angemessen und konkret beschrieben sei.

Abg. Frau Steiner beurteilt die neue Abteilung im Wirtschaftsressort ähnlich wie Abg. Kastendiek als vergleichsweise klein, und auch die offenbar angestrebte Besetzung der Leitungsposition mit der ehemaligen Stadtamtsleiterin wirke nicht überzeugend.

Staatsrat Siering weist zurück, dass die ehemalige Stadtamtsleiterin ungeeignet sein könnte; diese Schlussfolgerung sei nicht zulässig. Zudem sei das Land auch zu einer amtsangemessenen Beschäftigung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtet.

Abg. Bücking geht auf die Krisenanfälligkeit des Stadtamtes als Ausgangspunkt für die angestrebte Umorganisation ein. Die Identifizierung des Stadtamtes als nicht steuerbar führe im Ergebnis zu einer Zerschlagung. Aller Erfahrung nach erscheine das Vorgehen bis hierhin als plausibel. Sicherlich sei jede Veränderung auch mit Risiken belastet, doch erwarte er durch die 1:1-Verlagerung ins Wirtschaftsressort die Sicherstellung eines soliden Weiterarbeitens.

Abg. Kastendiek bekräftigt seine Ansicht, dass die Vorlage nur formal die Anforderungen des Deputationsgesetzes erfülle; ähnlich wie übrigens die kommende WFB-Vorlage auch. Inhaltlich sei die Vorlage unzureichend, da weder fiskalische Erwartungen noch Ziele dargestellt würden.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Verlagerung der genannten Aufgaben zum Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu. Ferner stimmt die staatliche Deputation der Einrichtung einer neuer Abteilung 5 „Gewerbe- und Marktangelegenheiten“ mit den oben genannten Referaten zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt zu, dass die haushaltsrechtliche Umsetzung, wie oben beschrieben, im Haushaltsvollzug 2017 vorgenommen wird. Die staatliche Deputation bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, im Rahmen des Produktcontrollingberichts 2017 im Haushalts- und Finanzausschuss dazu zu berichten.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen von CDU, DIE LINKE sowie FDP.

TOP 24 Aktuelles

a) Neuaufstellung einer beihilfekonformen bremischen Hafenfinanzierung

Vorlage Nr. 19/314-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Entscheidung der EU-Kommission zur Kenntnis.

b) Stärkung der Innovationspolitik: Verlagerung von Aufgaben aus der WFB

Wirtschaftsförderung Bremen GmbH zu SWAH

Vorlage Nr. 19/294-L/S

Die der Vorlage als Anlage beigefügte Senatsvorlage wird in der beschlossenen Fassung neu verteilt.

Auf Nachfrage des **Abg. Rupp** erklärt **Staatsrat Siering**, die Mitbestimmungsverfahren würden nach der Beschlussfassung der Deputation eingeleitet.

Abg. Kastendiek hält die Vorlage für unzureichend, da die offenen Fragen die Zukunft der WFB betreffend gar nicht behandle. Die – vermuteten - Synergie- oder Effizienzgewinne würden ebenfalls nicht mit Zahlen hinterlegt.

Staatsrat Siering erwidert, diese Vorlage habe lediglich die Neuaufstellung der Innovationsabteilung im Ressort und die damit verbundene Verlagerung entsprechender operativer Bereiche aus der WFB zum Thema. Diese begründe sich aus dem identifizierten Optimierungsbedarf in der Zusammenarbeit zwischen Ressort und Gesellschaft im Bereich der Innovationspolitik. Die Integration im Ressort ermögliche wesentliche Zukunftsthemen wie Digitalisierung und Industrie 4.0 zukunftsfähig auszurichten. Mit der Vorlage seien keine Erwartungen an Synergieeffekte zu verbinden; Zielsetzung sei allein die Optimierung der politischen Steuerungsfähigkeit. Die weitere Berichterstattung und Beschlüsse würden erfolgen, sofern weiterer Veränderungsbedarf der Wirtschaftsförderungsinstrumente erkannt sei und umgesetzt werden solle.

Abg. Rupp erinnert, dass ein strukturelles Defizit der WFB ein wesentlicher Grund für die Umstrukturierung sei. Im Zuge der Veränderung müsse auch über die Frage diskutiert werden, wie diesem Defizit seitens Ressort bzw. Gesellschaft begegnet werden könne. Insofern vermisse er einen wesentlichen Teil.

Abg. Frau Grobien bezweifelt aus den Erfahrungen vergangener Umstrukturierungen der Wirtschaftsförderung signifikante Effizienzgewinne aus dem aktuellen Konzept.

Abg. Reinken legt dar, dass komplexe Strukturen und Organisationen laufend Veränderungsprozessen unterworfen seien. Aufgrund der persönlichen und strukturellen Nähe der

Akteure in Bremen sei es nicht zielführend, diese Strukturen um ihrer selbst zu erhalten.

Senator Günthner greift den Beitrag des Abg. Rupp auf und schildert, dass die Erwartungen an Effizienzgewinne aus dem ersten Reformprozess der WFB 2010 nicht eingetreten seien. Die aktuelle Diskussion werde zwar vor dem Hintergrund der Finanzlage, der Gefährdung des Eigenkapitals der Gesellschaft sowie eigenfinanzierten Aufgabenerledigung durch die WFB geführt, doch sei es unmöglich, die Innovations- und Kreativpolitik aus sich heraus zu finanzieren. Insofern sei es richtig, diesen Bereich aus der WFB zu lösen, zudem die klassische Strategie – Programm- und Strategieentwicklung im Ressort bei operativer Umsetzung durch die Gesellschaft - nicht funktioniere und beide Bereiche eine engere Verzahnung benötigten.

Die WFB werde ihr Kerngeschäft Flächenerschließung und –vermarktung als klassische Wirtschaftsförderung stärker fokussieren können. Das Veranstaltungsgeschäft gebe dafür zu wenig inhaltlichen Raum. Im Übrigen sei auch dieses nicht aus sich zu finanzieren.

Abg. Kastendiek betont, die Anforderungen an eine Vorlage zur Umstrukturierung der WFB ergäben sich aus dem Gesamtkontext der letzten Berichterstattungen seit Ende 2015 und ließen konkretere Ergebnisse aus dem Entwicklungsprozess erwarten. Seitdem sei das strukturelle Defizit der WFB bekannt, doch inwieweit dieses Organisationsprojekt helfen könne, das strukturelle Defizit zu beseitigen, bleibe völlig offen; allerdings laufe die WFB Gefahr, bis 2018 ihr Eigenkapital aufzuzehren. Da die finanziellen Auswirkungen auf die WFB nicht dargestellt seien, handele es sich um ein rein formales Abarbeiten der notwendigen Beschlussvorlagen.

Abg. Rupp fordert perspektivisch einen Wirtschaftsplan für die WFB-neu ein; dazu müsse im Vergleich zur WFB-alt dargelegt werden, welche Maßnahmen die Zukunftsfähigkeit absicherten, unabhängig von Geschäftsfeldern, die sich nicht selbst tragen könnten. Auch dafür müsse eine transparente Darstellung der erforderlichen Haushaltsmittel geliefert werden.

Herr Dr. Kühling erklärt, die Neu- bzw. Umorganisation der Bereiche Messe, Veranstaltungen und Großmarkt bzw. einer Kern-WFB würden aktuell bearbeitet und dann im Paket vorgestellt.

Senator Günthner fordert dafür die notwendige Zeit für eine sachgerechte Aufarbeitung ein.

Abg. Liess meint, ein solches Paket müsste zu den Haushaltsberatungen vorliegen.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Einrichtung der neuen Abteilung 4 „Industrie, Innovation, Digitalisierung“ und der damit verbundenen

Aufgabenübertragung der Innovationsabteilung der WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH zum Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen im Rahmen eines Teilbetriebsübergangs zu.

2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Kürzung der institutionellen Förderung um bis zu 0,60 Mio. € für Personalkosten sowie einer Überführung dieses Betrages in den Personalhaushalt von SWAH zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt zu, dass die haushaltsrechtliche Umsetzung, wie oben beschrieben, im Haushaltsvollzug 2017 vorgenommen wird. Die staatliche Deputation bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen im Rahmen des Produktcontrollingberichts 2017 im Haushalts- und Finanzausschuss dazu zu berichten.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen von CDU, DIE LINKE sowie FDP.

- c) Auf Nachfrage des **Abg. Kastendiek** erklärt **Senator Günthner**, dass es der bekannten Presseberichterstattung zur Verhandlung vor dem Obergericht zum OTB nichts hinzuzufügen gebe.

- d) **Abg. Frau Grobien** berichtet aus der Sitzung des Hafenausschuss zur Beratung der Entwicklung des Gesamthafenbetriebsvereins. Die dazu erstellte Vorlage von Anfang Februar hatte sich insoweit überholt, weil der Ausschuss für Personal und Arbeit des GHBV inzwischen die Schließung des DC-Bereiches beschlossen habe. Der Geschäftsführer habe des Weiteren zur abgewendeten Insolvenz berichtet und dass es seitens der Mitglieder eine positive Fortführungsprognose gebe und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Verhandlungen über Flexibilitätssteigerungen liefen. Das Kerngeschäft des Hafenumschlags solle in Bremerhaven konzentriert werden. Der Hafenausschuss werde die weitere Entwicklung verfolgen.

TOP 25 Verschiedenes

Auf Nachfrage der **Abg. Frau Steiner** kündigt **Staatsrat Siering** den ausstehenden Controllingbericht WFB für das 4. Quartal 2016 für die nächste Sitzung an.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Kastendiek schließt die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Kastendiek
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

Für die TOPs 13-15
Stellmacher

EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020

Stand: 18.04.2017

Alle Angaben EFRE-Mittel ohne nationale Komplementärfinanzierung

Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen sowie verausgabten EFRE-Mittel aller Ressorts

Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
Achse 1 - Innovation	48.140.858	31.564.740	0
Achse 2 - KMU	13.012.593	5.953.000	0
Achse 3 - CO2	18.543.844	4.228.904	0
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	7.204.850	0
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	0
Programm insgesamt	96.840.070	53.072.348	0

¹⁾ Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

²⁾ In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte.

³⁾ Geprüfte und im Datenbanksystem erfasste Ausgaben.

Vorhabenliste aller Ressorts

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen	verausgabt
1	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
2	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
3	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/ innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-2017	623.000	0
4	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-2017	465.000	0
5	Deputation SWAH HaFA	04.02.2015 13.02.2015	Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremisches Messeförderungsprogramm-	1	2015-2021	1.800.000	
6	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-2020	6.000.000	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen	verausgabt
7	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie- Feldmessungen 2. Phase	1	2015-2018	950.000	0
8	Deputation SWAH	30.09.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016/2017	915.000	0
9	Deputation SWAH	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße	3	2016/ 2017	478.904	0
10	Deputation SWAH HaFA	02.12.2015 10.12.2015	City- und Stadtteilmarketing und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016/ 2017	280.000	0
11	Deputation SWAH HaFA	10.12.2015 10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	0
12	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Überseestadt: Entwicklung der Weichen Kante am Wendebecken	4	2016-18	4.358.500	0
13	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI)	1	2016-18	5.885.000	0
14	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Technische Hilfe	5	2016-21	4.120.854	0
15	Deputation SWAH HaFA	10.08.2016 16.09.2016	Finanzinstrumente - EFRE-Darlehensfonds und EFRE- Wagniskapitalfonds	1 2 3	2016-19 2016-19 2016-19	5.300.000 3.950.000 3.750.000	0 0 0
16	Deputation SWAH HaFA	07.09.2016 16.09.2016	Revitalisierung Kistner-Gelände in Bremerhaven	4	2016-19	2.030.000	0
17	Deputation SWAH HaFA	26.10.2016 04.11.2016	FuE Infrastrukturen für die Integration des FIBRE in das EcoMaT	1	2017-19	475.000	0
18	Deputation SWAH HaFA	18.01.2017 27.01.2017	Quartiersmeisterei Alte Bürger in Bremerhaven	4	2015-18	396.350	0
19	Wissenschafts- ausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Forschungs- und Verwaltungsgebäude für das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI)	1	2017-20	4.400.000	0
20	Wissenschafts- ausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Zukunftskonzept Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES)	1	2017-20	1.644.740	0

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 01.03.2017)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
2.	Europäische Strukturfonds im Land Bremen 2007-2013 Weitere Berichterstattung in kurzen Zeitabständen erbeten	09.09.2015	Abg. Kastendiek Abg. Rupp	zuletzt 18.01.2017
8.	Entwicklung Gewerbepark Hansalinie	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich (zuletzt mit Vorlage)
9.	ttz Berichterstattung der Entwicklung	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich (zuletzt: 26.10.2016)
15.	Bremen-Nord-Konzept	10.02.2016	Abg. Kastendiek	Sommer 2017
17.	Maßnahmen und Zusammenarbeit der Ressorts WAH und SUBV zur Förderung des Fahrradtourismus	11.05.2016	Abg. Kottisch	Zweite Jahreshälfte 2016
21.	Bremer Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung Evaluierung	10.08.2016	Abg. Rupp	Nach 1 Jahr Laufzeit, Anfang 2018
22.	Landesprogramm "Perspektive Arbeit: Öffentlich geförderte Beschäftigung für 500 Langzeitarbeitslose im Land Bremen" Evaluierung	10.08.2016	Abg. Rupp Abg. Fecker	zum Sommer 2017
23.	Kajensanierung im Kaiserhafen III Vorstellung der weiterentwickelten Konzeption	10.08.2016	Abg. Rupp	
24.	Konzept zur Ausschöpfung der Eingliederungstitel in den Jobcentern (JC) Bremen und Bremerhaven im Jahr 2017	10.08.2016	Abg. Rupp	Anfang 2017
25.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, Mai 2017
28.	Ergebnis des Markterkundungsverfahrens zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur	26.10.2016	Abg. Rupp	
29.	Weiterentwicklung der Zentralen Service- und Koordinierungsstelle für Bauvergaben Optimierung der Vergabestrukturen	26.10.2016	Abg. Rupp	1. Halbjahr 2017
30	Förderung des Zukunftskonzepts Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES) Zwischenbericht nach erster Projektphase	01.03.2017	Abg. Liess	
31	Konzept zur Reduzierung von Fluglärm am Flughafen Bremen - Entwicklung der Flugbewegungen in sensiblen Zeiten - Wirkung schadstoffabhängiger Entgelte	01.03.2017	Abg. Bücking	1. Halbjahr 2018
32	Zahl von Menschen mit Fluchthintergrund in der Betreuung und in der Statistik der Bundesagentur und der Jobcenter im Land Bremen	01.03.2017	Abg. Rupp	Nach 1 Jahr, März 2018